

Karl Heinz Roth

Die I.G. Farbenindustrie AG von 1933 bis 1939

Ökonomische Mobilmachung gegen den Frieden (1933–1936) 1

Der Weg in den Krieg (1936–1939) 13

Norbert Wollheim Memorial

J.W. Goethe-Universität / Fritz Bauer Institut

Frankfurt am Main 2009

Ökonomische Mobilmachung gegen den Frieden (1933–1936)

Der politische Machtwechsel vom 30. Januar 1933 kam für die leitenden Manager der I.G. Farben nicht unerwartet, aber er stellte sie vor neue Probleme. Da keiner der führenden Akteure engere Beziehungen zur neuen Regierung unterhielt und auch Hermann Warmbold (1876–1976) nicht ins Kabinett der „nationalen Erhebung“ übernommen wurde, entstand eine Kontinuitätslücke. Das einzige Faustpfand war die Zusage Hitlers an Heinrich Bütefisch¹, das Leuna-Projekt zu unterstützen. Die Mitglieder des Zentral-Ausschusses sahen sich deshalb zu erheblichen Anstrengungen genötigt, um ihre Loyalität zu demonstrieren und wieder Einfluss auf die wirtschaftspolitischen Weichenstellungen zu gewinnen.

Ein erster Anlass bot sich, als Georg von Schnitzler (1884–1962)² und Gustav Stein (1903–1979) am 20. Februar 1933 als I.G. Farben-Vertreter³ an einer Industriellenbesprechung teilnahmen, auf der Adolf Hitler, Reichspräsident Hermann Göring und Hjalmar Schacht die Vernichtung der Arbeiterlinken ankündigten, ein Programm der „Wehrhaftmachung“ in Aussicht stellten, die Respektierung des Privateigentums beschworen und drei Millionen Reichsmark zur Finanzierung des NSDAP-Wahlkampfes für die Reichstagswahl am 5. März 1933 einwarben. Der Chemie- und Stickstoffindustrie wurden dabei 500.000 RM auferlegt. Die I.G. Farben übernahm den gesamten Betrag und überwies 400.000 RM an die NS-Führung und 100.000 RM an Papen.⁴ Das war der Beginn einer großen Scheckbuchoffensive, die sich 1933 auf 4,5 Millionen RM summierte und in der Folgezeit systematisch ausgebaut wurde.⁵ Die größten Beträge wurden einer bis 1945 geführten Kartei des Zentral-Ausschusses der I.G. zufolge im Rahmen großindustrieller Koordinierungsmaßnahmen an die „Adolf Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ (ca. 13 Millionen RM) und an das „Winterhilfswerk“ (ca. 16 Millionen RM) abgeführt. Parallel dazu gingen erhebliche Mittel an die

1 Zu Heinrich Bütefisch siehe den biografischen Eintrag unter http://www.wollheim-memorial.de/de/heinrich_buetefisch_18941969.

2 Zu Georg von Schnitzler siehe den biografischen Eintrag unter http://www.wollheim-memorial.de/de/georg_von_schnitzler_18841962.

3 Gustav Stein war Generaldirektor der Zeche Auguste Victoria, einer Tochtergesellschaft der I.G. Farben.

4 Georg von Schnitzler, Eidesstattliche Erklärung, 16.11.1947, NI-391. Archiv der Stiftung für Sozialgeschichte Bremen (im folgenden SfS-Archiv), Bestand I.G. Farben-Prozess, ADB 3, Bl. 123–125.

5 Peter Hayes: *Industry and Ideology: IG Farben in the Nazi Era*. Cambridge/New York: Cambridge UP 1987, S. 87ff., 107.

Führungsgruppen der NSDAP, SS und SA und an die meisten Massen- und Fachorganisationen der NS-Bewegung. Allein die zentral erfassten Loyalitäts- und Bestechungszahlungen beliefen sich bis Kriegsende auf 39,6 Millionen RM.⁶

Eine zweite Ebene der demonstrativen Annäherung konstruierten die führenden Exponenten des Konzerns und der Betriebsleitungen unternehmensintern, um ihr unterschiedliches Vorgehen in den Monaten vor dem politischen Umbruch ungeschehen zu machen. Hans Kühne (1880–1969)⁷ ließ auf einer Betriebsführerkonferenz die neue Regierung hochleben, weil sie „Pflicht und Arbeit“ wieder an die erste Stelle rücke und Eingriffe in die Privatwirtschaft vermeide.⁸ Zusätzlich zu dieser internen Selbstvergewisserung betonten Carl Bosch (1874–1940)⁹ und Carl Duisberg (1861–1935)¹⁰ in fast gleich lautenden öffentlichen Erklärungen, wie sehr sie das neue Regime schätzten, weil es endlich durchgreife und auf seine Worte Taten folgen lasse.¹¹ Mit dieser Auffassung blieben sie keineswegs allein. Bis Ende 1936 traten acht Spitzenmanager des Vorstands bzw. des Zentral-Ausschusses in die NSDAP ein, und damit bekannte sich jeweils ein Drittel dieser Gremien als eingeschriebene Nationalsozialisten.¹²

Der entscheidende Durchbruch zur Symbiose mit der NS-Diktatur erfolgte jedoch in den Betrieben, während die Nazifizierung der konzernübergreifenden Leitungsgremien erst 1937/38 zum Abschluss kam. Auf den oberen und mittleren Leitungsebenen setzte ein Wettlauf um die karrierefördernd gewordenen Mitgliedsbücher ein, während die unteren Belegschaftsränge ihre durch die Kader der „Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation“ (NSBO) betriebene Einfriedung in den Herrschaftsstrukturen der „Ordnung der nationalen Arbeit“ passiv

6 Aufstellung des früheren Leiters des ZA-Büros Hermann Bässler vom 30.7.1947. SfS-Archiv, Nürnberger Dokumente, Dok. NI- 9200.

7 Zu Hans Kühne siehe den biografischen Eintrag unter http://www.wollheim-memorial.de/de/hans_kuehne_18801969.

8 Niederschrift über die Besprechung der Betriebsführer in Leverkusen am 21.4.1933. SfS-Archiv, Nürnberger Dokumente, Dok. NI-8461.

9 Zu Carl Bosch siehe den biografischen Eintrag unter http://www.wollheim-memorial.de/de/carl_bosch_18741940.

10 Zu Carl Duisberg siehe den biografischen Eintrag unter http://www.wollheim-memorial.de/de/carl_duisberg_18611935.

11 Carl Bosch: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Artikel im „Informationsdienst“ der DAF, ref. bei Helmuth Tammen: *Die I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft (1925–1933). Ein Chemiekonzern in der Weimarer Republik*. Dissertation, Freie Universität Berlin 1978, S. 297.

12 Namentlich Fritz Gajewski, Ludwig Hermann, Heinrich Hörlein, Hans Kühne, Wilhelm R. Mann, Heinrich Oster, Wilhelm Otto, Erwin Selck.

hinnahmen.¹³ Das Ergebnis war eine umfassende Selbstnazifizierung der Betriebe, deren Akteure sich das im „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ verankerte „Führer-Gefolgschafts-Prinzip“ voll zu eigen machten, bei Neueinstellungen „alte Kämpfer“ und SA-Angehörige bevorzugten und die nachrückenden Arbeiterjugendlichen dem ideologischen Drill des „Deutschen Instituts für technische Arbeitsschulung“ (Dinta) unterwarfen. Die Werkszeitung *Von Werk zu Werk* hieß diese Umbrüche uneingeschränkt gut, und vor allem in den besonders exponierten Verwaltungszentralen wie beispielsweise dem Frankfurter I.G. Farben-Haus wurde die neue Symbiose in aufwendigen Ritualen zur Schau gestellt.

An diesem Aufbruch zur faschistischen „Betriebsgemeinschaft“ sollten jedoch nicht alle teilhaben, und zwar selbst dann nicht, wenn sie sich ihr durchaus zugehörig fühlten. Dies traf auf die meisten Beschäftigten zu, die in den ersten Monaten der NS-Diktatur als Juden stigmatisiert wurden. Ihr Schicksal ist noch weitgehend unerforscht. Dem schmalen Forschungsstand zufolge waren sie vor allem in den mittleren und leitenden Funktionsbereichen und dabei vor allem in den Forschungslaboratorien vertreten und deshalb wegen ihrer Qualifikationen oft unersetzlich.¹⁴ Sie betrachteten sich zu Recht als Eckpfeiler der Unternehmensidentität, da sie vor allem im Kontext von Agfa und Cassella den Chemie-Trust mitbegründet und aufgebaut hatten. Sie standen vor wie nach 1933 loyal zu den strategischen Optionen der Konzernführung, und zwar gerade auch dann, wenn sie wie Dr. May, der technische Direktor der Filmfabrik Wolfen, für die Stilllegung der Benzinsynthese votiert hatten.¹⁵

Die jüdischen Mitarbeiter wurden nun aufgrund ihrer öffentlichen Stigmatisierung zu „Problemfällen“ für die Konzernleitung, weil sie der Umsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Integration in das NS-Regime im Weg standen. Allerdings

13 Vgl. das Fallbeispiel I.G. Leverkusen bei Werner Plumpe: Anfänge der Mitbestimmung. Gewerkschaften, betriebliche Sozialpolitik und Arbeitskonflikte in Leverkusen. In: Klaus Tenfelde (Hg.): *Stimmt die Chemie? Mitbestimmung und Sozialpolitik in der Geschichte des Bayer-Konzerns*. Essen: Klartext 2007, S. 91–120, hier S. 110ff.

14 In den unteren Belegschaftsrängen waren Jüdinnen und Juden dagegen relativ seltener vertreten. So soll es nach Recherchen von Lokalhistorikern im I.G. Farben-Werk Höchst drei jüdische Arbeiter gegeben haben, über die es im Hoechst-Archiv jedoch keine Dokumente gibt. Vgl. Stephan H. Lindner: *Hoechst. Ein I.G. Farben Werk im Dritten Reich*. München: Beck 2005, S. 185.

15 Aufzeichnung der NSBO-Führerschule in Wiertsee bei Wolfen vom 28.11.1933. Unternehmensarchiv Filmfabrik Wolfen, Nr. 5659, Bl. 178, ref. bei Manfred Gill / Peter Löhnert: *Jüdische Chemiker aus Dessau in der Filmfabrik Wolfen*. Dessau: Moses-Mendelssohn-Gesellschaft Dessau e.V. 1996, S. 16.

hätte aber ihre Entlassung und Vertreibung das Auslandsgeschäft geschädigt und zu einem unkontrollierten Transfer von technologischem Know-how geführt.¹⁶ Wie der Mehrzahl der Deutschen war den meisten „Ariern“ in den mittleren und unteren Rängen der Unternehmenspyramide dieses Dilemma jedoch gleichgültig: Sie hatten nur ihre Karrieren im Blick, die sie auf Kosten ihrer „nicht-arisches“ Kollegen zu beschleunigen gedachten. Aus diesen unterschiedlichen Problemlagen resultierte ein Vorgehen, das von Fall zu Fall variierte und die Akteure der „Entjudung“ vielfach zu einem Spiel mit gezinkten Karten und zu nachgerade hinterhältigen Verhaltensweisen verleitete.

Schon im Jahr 1933 wurden die unterschiedlichsten Varianten der „Problemlösung“ nebeneinander gehandhabt.¹⁷ Ernst Schwarz (1884–1957), der Leiter der Sozialkommission, wurde in die USA versetzt und avancierte dort zu einem führenden Manager der I.G.-Holdingsgesellschaft. Das ordentliche Vorstandsmitglied Kurt Hans Mayer (1883–1952), entzog sich den zu erwartenden Pressionen durch seinen Rücktritt und emigrierte in die Schweiz. Auch der Bankier Max M. Warburg (1876–1946) räumte seinen Aufsichtsratsposten unauffällig und geräuschlos. Die „Abwicklung“ seines Aufsichtsratskollegen Fritz Haber (1868–1934)¹⁸ gelang dagegen weniger glatt. Carl Bosch hatte Haber nach dessen Rücktritt von der Leitung des Kaiser Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie zunächst Hilfe angeboten.¹⁹ Als er sich einige Monate später zur Emigration entschloss und darauf zurückkam, hatte er jedoch zu viel von der I.G. Farbenindustrie erwartet. Sie versagte ihm nicht nur ihre Unterstützung, sondern ließ ihm sogar über einen Rechtsanwalt mitteilen, dass sie „alle Beziehungen“ zu ihm „lösen“ würde, wenn er „in eine Hochschule eines Landes übersiedele, welches im Weltkriege zu un-

16 Siehe dazu beispielsweise den Fall des jüdischen Direktors des I.G.-Werkes Wolfen. Vgl. Lindner: Hoechst, S. 190.

17 Vgl. zu Folgendem Friedhelm Borggreffe: Juden in der BASF. Ludwigshafen am Rhein: Stadtarchiv Ludwigshafen 2000; Gill / Löhnert: Jüdische Chemiker; Manfred Gill / Peter Löhnert: The relationship of I.G. Farben's Agfa Filmfabrik Wolfen to its Jewish scientists and to scientists married to Jews, 1933–1939. In: John E. Lesch (Hg.): *The German Chemical Industry in the Twentieth Century*. Dordrecht: Kluwer 2000, S. 123–145; Lindner: Hoechst, S. 159ff.; Jens Ulrich Heine: *Verstand & Schicksal. Die Männer der I.G. Farbenindustrie A.G.* Weinheim: VCH Verlagsgesellschaft 1990, S. 47ff., 115ff., 215f., 217ff., 250ff., 255ff., 275f. Dagegen hat Hayes das Ausmaß der antisemitisch begründeten Repressalien deutlich unterschätzt, vgl. Hayes: *Industry and Ideology*, S. 90ff., 126ff., 196ff.

18 Zu Fritz Haber siehe den biografischen Eintrag unter http://www.wollheim-memorial.de/de/fritz_haber_18681934.

19 Vgl. Margit Szöllösi-Janze: *Fritz Haber. 1868–1934. Eine Biographie*. München: Beck 1998, S. 680.

seren Feinden gehört hat.“²⁰ So unterschiedlich wie diesen exponierten Funktionsträgern der ersten Entlassungswelle erging es in den folgenden Jahren Hunderten von Chemikern, Chemietechnikern und leitenden Angestellten.²¹ Zusammen mit ihnen mussten die hoch angesehenen I.G.-Mitbegründer Arthur von Weinberg (1860–1943)²², Carl von Weinberg (1861–1943)²³ und Ernst von Simson in den Jahren 1935 und 1936 ihre Verwaltungsratsmandate niederlegen und sich 1937 zusammen mit Otto von Mendelssohn-Bartholdy auch aus dem Aufsichtsrat zurückziehen. Als letzter zum „Nicht-Arier“ gestempelter Mandats-träger wurde schließlich der Chef der Metallgesellschaft Richard Merton aus dem Aufsichtsrat entfernt, nachdem der Zentral-Ausschuss am 25. April 1938 in einer nicht protokollierten Sitzung die Entlassung aller „jüdischen Mitarbeiter“ beschlossen hatte.²⁴

Parallel zu ihrer Scheckbuchoffensive und zur lautstarken Selbstnazifizierung ihrer Betriebsgemeinschaften startete die Konzernführung Aktivitäten, um auf die wirtschaftspolitischen Weichenstellungen des neuen Regimes Einfluss zu nehmen und das konkrete Garantieverprechen für Leuna einzulösen. Mit seinen Vorstellungen über eine ausschließlich „produktiv“ zu gestaltende „Arbeitsbeschaffung“, die er anlässlich von Industriellenbesprechungen in der Reichskanzlei vortrug, stieß Bosch auf wenig Verständnis: Sein Vorschlag, den Kapitalmangel der Unternehmen durch eine weitere Senkung des Lebensstandards zu beheben und die Erwerbslosen durch eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit „von der Straße“ zu holen, lehnte die Reichsregierung rundweg ab.²⁵ Bosch konnte dagegen bei der Verfolgung des Leuna-Projekts die Interessen der I.G. durchsetzen. Im

20 Fritz Haber an Chaim Weizmann, o.D. MPG-Archiv, V. Abteilung, Rep. 13, Nr. 944.

21 Die exakte Quantifizierung ist ein Forschungsdesiderat. Jedoch ergibt allein die Hochrechnung der von Lindner sowie Gill / Löhnert referierten Einzelschicksale aus Hoechst und Wolfen auf die übrigen Stammwerke, dass mehrere Hundert betroffen waren. Vgl. Lindner: Hoechst, S. 159ff.; Gill / Löhnert: Jüdische Chemiker; Gill / Löhnert: The relationship of I.G. Farben.

22 Michael Stolleis: Wissenschaftler, Unternehmer, Mäzen, NS-Opfer. Zur Erinnerung an Arthur von Weinberg (1860–1943). In: *Forschung Frankfurt*, 1/2007, S. 94–98. Siehe auch den biografischen Eintrag unter http://www.wollheim-memorial.de/de/arthur_von_weinberg_18601943.

23 Zu Carl von Weinberg siehe den biografischen Eintrag unter http://www.wollheim-memorial.de/de/carl_von_weinberg_18611943.

24 Unternehmensarchiv der Filmfabrik Wolfen, Nr. A 1656, Bl. 348, ref. n. Gill / Löhnert: Jüdische Chemiker, S. 32.

25 Karl-Heinz Minuth (Bearb.): *Die Regierung Hitler, Teil I: 1933/34* (Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler 1933–1938). Boppard am Rhein: Harald Boldt 1983, Dok. Nr. 147, S. 507–527, und Dok. Nr. 213/214, S. 805–821.

Frühjahr 1933 gründete er einen Arbeitsstab, dem er die Aufgabe zuwies, die staatliche Subventionierung von Leuna als Teil eines Programms zur „nationalwirtschaftlichen“ Steigerung der Inlandsproduktion von Treibstoffen und Mineralölen zu rechtfertigen. Bis Juni 1933 war eine entsprechende Denkschrift fertig gestellt. Sie ging von einer fünfzigprozentigen Verbrauchssteigerung von Benzin bis zum Jahr 1937 aus und forderte für die kommenden vier Jahre eine Steigerung des inländischen Erzeugungsanteils von 25 auf 63 Prozent bzw. von aktuell 500.000 auf 2,8 Millionen Tonnen Treibstoff. Dabei sollte über ein Drittel der Zusatzkapazität – 800.000 Tonnen – auf die Kohlehydrierung entfallen und der dafür erforderliche Investitionsbedarf wurde auf 400 Millionen RM geschätzt. Da die Herstellungskosten erheblich über den Weltmarktpreisen liegen würden, konnten diese Investitionen nach Auffassung der Arbeitsgruppe nur getätigt werden, wenn der Inlandsmarkt von „ausländischen Einflüssen“ abgeschottet und auf dem Gesetzesweg „gewisse Mindestpreisgarantien gegeben“ würden.²⁶ Sofort nach der Festlegung dieser Rahmendaten begann die Suche nach Bündnispartnern. Die Montanindustrie des Ruhrgebiets sagte Bosch und Carl Krauch²⁷ zu, sich die geforderte Hydrierkapazität von 800.000 Tonnen hälftig mit der I.G. Farben zu teilen. Zusätzlich fädelt ihr Hauptexponent Albert Vögler eine Kontaktaufnahme mit dem Luftfahrtministerium ein, und Staatssekretär Erhard Milch sagte nach einem Treffen mit Krauch seine tatkräftige Unterstützung zu. Zusammen mit den Spitzenoffizieren des Heereswaffenamts wurde er beim Reichswirtschaftsministerium vorstellig und forderte die Einsetzung eines „Treibstoffkommissars“.²⁸ Das von der I.G. Farben geforderte Gesetz zur Förderung der Mineralölwirtschaft wurde vom Reichskabinett Anfang Dezember gebilligt, jedoch aus Furcht vor außenpolitischen Verwicklungen nicht veröffentlicht.²⁹ Auf dieser

26 Die deutsche Treibstoffwirtschaft, Juni 1933. BASF-Archiv, M 02, ref. n. Tammen: I.G. Farbenindustrie, S. 315ff.

27 Zu Carl Krauch siehe den biografischen Eintrag unter http://www.wollheim-memorial.de/de/carl_krauch_18871968.

28 Protokoll einer Besprechung im Reichsluftfahrtministerium am 15.9.1933, NI-7123. SfS-Archiv, I.G. Farben-Prozess, ADB 5.

29 Vermerk des Ministerialrats Franz Willuhn über eine Ressortbesprechung betreffend den Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der deutschen Mineralölwirtschaft am 20. Oktober 1933 im Reichswirtschaftsministerium. Abgedruckt als Dokument Nr. 235 in: Minuth (Bearb.): Die Regierung Hitler, Teil I: 1933/34, S. 918–920; Protokoll der Kabinettsitzung vom 1. Dezember 1933, TOP 5, Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der deutschen Mineralölwirtschaft. Abgedruckt als Dok. Nr. 258 in: Minuth (Bearb.): Die Regierung Hitler, Teil I: 1933/34, S. 987–989.

Grundlage konnten Bosch und Hermann Schmitz³⁰ dann am 14. Dezember mit dem Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsministerium einen ersten „Benzinvertrag“ abschließen, der für Leuna bis Ende 1935 den Ausbau der Synthesekapazität bis maximal 350.000 Jahrestonnen Treibstoff vorsah und diese durch eine großzügige Preis- und Abnahmegarantie absicherte.³¹ Das Reich war damit zum stillen Teilhaber der I.G. Farben geworden: Es nahm ihr die Risiken komplett ab und schuf damit die Voraussetzungen zur Sanierung und Konsolidierung ihrer gesamten Hochdrucksparte. Seite an Seite mit dem politischen Machtpfeiler der NS-Diktatur konnte sie nun in die Ära der „neuen Chemie“ eintreten.

Diese neue Ära stand ganz im Zeichen der Aufrüstung: Obwohl die I.G. Farben in den ersten Jahren der NS-Diktatur nicht zum harten Kern des militärisch-industriellen Komplexes gehörte, geriet sie immer stärker in den Gesichtskreis seiner Planungsstäbe, denn die in rasanten Schüben verlaufende Ausweitung der personellen und materiellen Ausstattung der Armee und ihrer Truppenteile verlangte eine Verbreiterung der industriellen Basis für die dafür erforderlichen Grundstoffe und Zwischenprodukte, die fast das gesamte Produktionsspektrum der I.G. Farben umfassten. Die Spartenleitungen und Betriebsgemeinschaften reagierten recht unterschiedlich auf die nun auf sie zukommenden Offerten, zumal das Rüstungsgeschäft bis 1935 noch nicht durch die Konzernspitze koordiniert wurde.

Im Bereich Leichtmetall kam es zu einer uneingeschränkten Kooperation. Die Jahreskapazität der gemeinsam mit der Metallgesellschaft betriebenen Aluminiumwerk GmbH Bitterfeld wurde von 8.000 auf 16.000 Tonnen verdoppelt, und das Reich übernahm die Hälfte der Kosten. Eine analoge Kapazitätssteigerung wurde auch für die Magnesium-Anlage der I.G. Bitterfeld zur Lieferung von Brandbombenhülsen vereinbart. Zusätzlich schloss die I.G. Farben im Juni 1934 mit dem Reichswehrministerium einen Vertrag über den Bau einer neuen Leichtmetallfabrik in Aken mit einer Kapazität von 8.000 Jahrestonnen Elektron-Metall ab, wobei eine entsprechend zu verzinsende Erstattung der Vorfinanzierungskosten vereinbart wurde.³²

30 Zu Hermann Schmitz siehe den biografischen Eintrag unter http://www.wollheim-memorial.de/de/hermann_schmitz_18811960.

31 SfS-Archiv, I.G. Farben-Prozess, ADB 5, Dok. NI-881.

32 SfS-Archiv, Nürnberger Dokumente, Dok. NI-4497.

Dagegen kam es bei der Sprengstoffgruppe der I.G. Farben nur begrenzt zu einem direkten Ausbau der Anlagen für Rüstungszwecke. Während in den mitteldeutschen Betrieben der I.G. Farben Bereitschaftsanlagen für die Vorprodukte Glykol und Diglykol erstellt wurden, bereiteten sich die Beteiligungsgesellschaften DAG und WASAG seit 1934/35 auf den technischen Betrieb von Dutzenden staatlicher Sprengstoff- und Pulverfabriken vor, indem sie spezielle Holdinggesellschaften dafür aufbauten.³³ Die Einbindung der I.G. Farben in den Kunstseidesektor verlief dagegen konfliktreich. Dessen Ausbau forcierte das NS-Regime seit 1934 wegen des hohen Devisenaufwands für Baumwoll- und Wolleimporte sowie wegen der militärischen Bedeutung des Pulver-Vorprodukts Cellulose. Daran hatte die I.G. Farben jedoch wenig Interesse, weil sie dieses Marktsegment nicht beherrschte und sich technologisch auf die Nachfolgeneration der vollsynthetischen Kunstfasern konzentrierte. Deshalb beteiligte sich die I.G. Farben an der Ausweitung der Kapazitäten nur im Rahmen ihrer bisherigen Quote im Kunstseidenkartell, nachdem sich das Reichswirtschaftsministerium auch in diesem Bereich zur Übernahme des finanziellen Risikos bereit erklärt hatte.

Dass die Manager der I.G. Farben gegenüber den Planungs- und Beschaffungstäben der Rüstungskonjunktur immer an erster Stelle auf die Interessen des Konzerns bedacht waren und deshalb sehr unterschiedlich agierten, zeigte sich exemplarisch auch in jenen beiden Bereichen, in denen sie am intensivsten engagiert waren. Bei den Auseinandersetzungen um die Kautschuksynthese wahrten sie die Interessen eines Angebotsmonopolisten. Während die Reichsbehörden die Konzernspitze seit 1933/34 zunehmend unter Druck setzten, zögerte diese den Baubeginn der ersten großtechnischen Buna-Anlage in Schkopau bis zum April 1936 hinaus, weil sie zusammen mit ihren US-amerikanischen Entwicklungspartnern eine Produktqualität anstrebte, die das Buna gegenüber dem Naturkautschuk konkurrenzfähig machte.³⁴ Erst nachdem die Entscheidung für das Vierstufen-Verfahren der Misch-Polymerisation von Butadien und Styrol gefallen

33 Umfangreich dokumentiert in: SfS-Archiv, I.G. Farben-Prozess, ADB 33 und 34.

34 Vgl. Bernhard Lorentz / Paul Erker: *Chemie und Politik. Die Geschichte der Chemischen Werke Hüls 1938-1979. Eine Studie zum Problem der Corporate Governance*. München: Beck 2003, S. 31f.

war, gab die Konzernleitung dem zuständigen Spartenleiter Fritz ter Meer³⁵ grünes Licht für den Bau einer Großversuchsanlage unter der Voraussetzung, dass die Betriebskosten sowie die Amortisation und Verzinsung der Anlage durch das Reich garantiert wurden.³⁶

Auf dem Feld der inländischen Treibstoff- und Mineralölerzeugung gab es zahlreiche konkurrierende Verfahren und Bewerber. Deshalb schlug die I.G.-Spitze im Anschluss an den Benzinvertrag vom Dezember 1933 eine völlig andere Linie ein. Sie sorgte durch ihre Präsenz in den entstehenden Betreibergesellschaften wie beispielsweise der im Herbst 1934 gegründeten Braunkohle-Benzin AG (Brabag) dafür, dass ihr Hydrierverfahren bevorzugt wurde, und strich neben den Lizenzgebühren erhebliche Zahlungen für die von Ludwigshafen aus gesteuerten Anlagenbauten ein. Parallel dazu ging sie dazu über, ihr Leuna-Projekt technologisch so zu verfeinern, dass es die Funktion eines „Leitwerks“ übernehmen konnte. Dies führte gleichzeitig zu einer erheblichen Qualitätssteigerung der Benzine, die vor allem für die Hochleistungsmotoren der Luftwaffe wichtig war. In diesem speziellen Segment der klopfesten Flugzeugbenzine erlangte die I.G. Farben somit eine Monopolstellung gegenüber der übrigen Treibstoffindustrie und dem Luftfahrtministerium. Das machte es ihr möglich, die Einführung eines sehr aufwendigen Konkurrenzverfahrens zur Erzeugung des extrem klopfesten Isooktans auf Kohlebasis zu verzögern, obwohl die Luftstreitkräfte der künftigen Kriegsgegner seit 1935 damit ausgestattet wurden. Die Entwicklungslinie von Leuna wurde den gestiegenen militärischen Anforderungen durch die Einführung eines qualitätsverbessernden Zusatzes – Blei-Tetraethyl – nur teilweise angepasst. In diesem Sinn wurde am 10. Juni 1936 zwischen der Ammoniakwerk Merseburg GmbH und dem Reichsluftfahrtministerium ein Vertrag über den Ausbau von Leuna für die Erzeugung von 200.000 Tonnen Flugbenzin pro Jahr abgeschlossen.³⁷

35 Zu Fritz ter Meer siehe den biografischen Eintrag unter http://www.wollheim-memorial.de/de/fritz_friedrich_hermann_ter_meer_18841967.

36 SfS-Archiv, I.G. Farben-Prozess, ADB 28; Gottfried Plumpe: *Die I.G. Farbenindustrie AG. Wirtschaft, Technik und Politik 1904–1945*. Berlin: Duncker & Humblot 1990, S. 356ff.

37 BArch-MA, WI I/F 5, Nr. 3641; Wolfgang Birkenfeld: *Der synthetische Treibstoff 1933–1945. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Wirtschafts- und Rüstungspolitik*. Göttingen: Muster-schmidt 1964, S. 66ff.

Diese rigorose Durchsetzung der Eigeninteressen gegenüber dem massiv aufrüstenden Deutschen Reich unter NS-Führung hielt die Konzernführung der I.G. Farben indessen keineswegs davon ab, sich vehement für die Militarisierung des gesamten Wirtschaftspotentials und für eine damit einhergehende Optimierung der Vorbereitungsmaßnahmen für eine „totale“ Kriegsführung auszusprechen. Den Anlass dazu bot vor allem die Tatsache, dass die Sparten- und Betriebsleiter es mit einer Vielzahl von Stäben und Kommissariaten zu tun hatten, deren oft unkoordiniertes Vorgehen ihnen wenig effizient vorkam. Als der inzwischen in den Rüstungsbeirat des Wehrmachtamts berufene Carl Krauch um eine Stellungnahme zur Organisation der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen gebeten wurde, nutzte er die Gelegenheit und legte ein umfangreiches Gutachten vor, in dem er die konzerninternen Probleme der ersten Aufrüstungsperiode mit den Weltkriegserfahrungen der zweiten Gründergeneration verknüpfte.³⁸ Dieses Votum hatte auch deshalb Gewicht, weil Krauch seit der Jahreswende 1934/35 in der Berliner Zentrale der I.G. Farben eine Koordinationsstelle leitete, die als „Vermittlungsstelle“ firmierte und den Kontakt der Sparten- und Betriebsleitungen mit den militärischen und zivilen Wirtschaftsbehörden zu koordinieren begann. Krauch forderte, alle Bereiche der wirtschaftlichen Aufrüstung von den Grundstoffen bis zum „harten“ Kriegsmaterial im Wehrmachtamt zu zentralisieren und diese oberste Steuerungsbehörde mit der Industrie zu verschmelzen, indem ihre in der Rüstung aktiven Manager zu „Wehrwirtschafts-Offizieren“ ernannt wurden, die in ihren Betrieben die militärische Kommandogewalt ausübten und die Mobilmachung der Belegschaften und des Produktionspotentials vorbereiteten. Parallel zu dieser „wehrwirtschaftlichen Neuorganisation“ sollte vor allem die Grund- und Ersatzstoffbasis durch den beschleunigten Ausbau der Bereiche Kunstfasern, Kunststoffe, Leichtmetalle, Synthesekautschuk, Treibstoffe und Mineralöle nicht nur verbreitert, sondern auch durch Preissubventionen und Bei-

38 Antworten auf die Fragen an den Rüstungsbeirat. Kurze Zusammenfassung zu den Fragen I–V; Antworten auf die Fragen an den Rüstungsbeirat. Eingehende Stellungnahme zu der Frage II, März 1935. Abgedruckt in: Janis Schmelzer: *Die Herren Generale* (Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen, H. 13, hg. v. Kommission Betriebsgeschichte). Bitterfeld: Elektrochemisches Kombinat 1966, S. 39–41, 41–47. Zur Kontextualisierung ergänzend Klaus Drobisch: Eine Denkschrift der IG Farben über die „Militarisierung der Wirtschaft“ vom März 1935. In: *Jahrbuch für Geschichte* 1 (1967), S. 261–281.

mischungszwänge verstärkt in den normalen Wirtschaftskreislauf eingeschleust werden.

Mit diesen an die Erfahrungen des Kriegsamts anknüpfenden Vorstellungen gab die Spitze der I.G. Farben grundsätzliche Anregungen zur laufenden Debatte über die Optimierung der Kriegsvorbereitung, konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Durch die formelle Ernennung Schachts zum „Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft“ wurde vielmehr die Trennung zwischen der „harten“ militärischen und der „weichen“ zivilen Kriegsvorbereitung festgeschrieben, und das Wehrmachtamt erlangte keine dominierende Stellung. Dies hielt aber die I.G. Farben nicht davon ab, die Empfehlungen des Leiters ihrer „Vermittlungsstelle“ im Binnenbereich umzusetzen.³⁹ Im September 1935 wurde die Gründung der „Vermittlungsstelle W“ (Wehrmacht) formell beschlossen und unternehmensintern bekannt gegeben. Sie initiierte eine umfassende Mobilmachungsplanung mit „Planspielen“ in den Hauptwerken, setzte ein Korps von „Wehrwirtschaftsführern“ ein, organisierte die konzerninterne Spionageabwehr in Eigenregie und übernahm bis hin zur Überprüfung aller neuen Patente auf ihre „wehrwirtschaftliche“ Verwertbarkeit die Koordination aller Funktions- und Vertragsbereiche, die mit Rüstungsaufträgen zu tun hatten. So folgte zwei Jahre nach der Selbstnazifizierung eine Selbstmilitarisierung, die in ihrer Intensität selbst die Aktivitäten der „harten“ Rüstungsunternehmen überragte und Modellcharakter annahm.

Mit dieser Eigendynamik der I.G. Farben vermochte die gesamtwirtschaftliche Militarisierung nicht Schritt zu halten. Sie war nicht nur ein Objekt widerstreitender Interessen beim Kampf um die besten Plätze an der Sonne der Rüstungskonjunktur, sondern auch zunehmend dadurch geprägt, dass sie die vorhandenen volkswirtschaftlichen Ressourcen schlichtweg überforderte. Zwar gelang es im Herbst 1934, die erstmals aufgetretene Devisen- und Zahlungsbilanzkrise durch ein ausgefeiltes System des Exportdumping, der Beschränkung der Importe auf strategische Rohstoffe und die Ersatzstoffentwicklung unter Kontrolle zu bringen. Aber sie brach um die Jahreswende 1935/36 mit voller Wucht neu auf und stellte den Kurs der maximalen Rüstungsbeschleunigung endgültig in

39 Vgl. zur Entstehung und Entwicklung der Vermittlungsstelle W: SfS-Archiv, I.G. Farben-Prozess, ADB 6, 7 und 8.

Frage. Es kam zu schweren Konflikten um die Importkontingente für Rohstoffe und Lebensmittel, die durch eine Missernte verschärft wurden, und immer drängender stellte sich die Frage, ob der Hochrüstungskurs nicht auch im Interesse der Währungsstabilität verlangsamt werden sollte. Zur Klärung der Lage wurde Reichsluftfahrtminister Göring am 4. April 1936 zum Rohstoff- und Devisenkommissar ernannt und mit erheblichen Vollmachten ausgestattet.⁴⁰ Seine Berufung machte zugleich klar, dass die um eine Verlangsamung der Aufrüstung bemühten Monetaristen der Reichsbank und des Reichswirtschaftsministeriums keine Chance hatten.

Gleichwohl entstand aufgrund der Schwere der sich abzeichnenden Strukturkrise zunächst eine recht offene Debatte. Göring berief Gutachterkommissionen zur Klärung der Rohstoff-, Devisen- und Exportfragen und schuf eine Stabsstelle, die die Möglichkeiten einer forcierten Rohstoffsubstitution begutachten sollte. In alle diese Gremien wurden Spitzenvertreter der I.G. Farben berufen. Hermann Schmitz nahm an den Sitzungen der Gutachter-Ausschüsse für Export- und für Rohstoff-Fragen teil,⁴¹ und Krauch wechselte mit einigen Mitarbeitern der „Vermittlungsstelle W“ in Görings Stabsstelle (Rohstoff- und Devisenstab), um dort innerhalb von sechs bis acht Wochen eine Planungsstudie zur Substitution der devisen- und rüstungspolitisch wichtigen Importrohstoffe zu erarbeiten. Das war eine letzte Chance zur Kurskorrektur, aber die Vertreter der I.G. Farben nutzten sie nicht. Schmitz schwieg bei den Beratungen weitgehend, denn er hielt die inzwischen eingefahrenen Methoden des Exportdumping, der Ersatzstoffentwicklung und der Konzentration der Importpolitik auf strategische Rohstoffe für alternativlos. Krauchs Arbeitsstab setzte dagegen die erstmalig im Rüstungsgutachten vom März 1935 entwickelte Konzeption zum „wehrwirtschaftlichen“ Ausbau des Grundstoffsektors in konkrete Schätzwerte um.⁴² Dabei kamen die Expansionsinteressen der I.G. Farben und die Grundsatzentscheidung der politischen und militärischen Führung, die Hochrüstung unter den Bedingungen des

40 Vgl. hierzu und zur Vorgeschichte des Vierjahresplans: SfS-Archiv, I.G. Farben-Prozess, ADB 24; Dieter [sic! Eigentlich „Dietmar“] Petzina: *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan*. Stuttgart: DVA 1968, S. 40ff., 45ff.

41 Fundorte Niederschriften: BAArchB, R 26 I, Nr. 36; SfS-Archiv, I.G. Farben-Prozess, ADB 24, Dok. NI-5380.

42 Die Planungsdokumente der ersten Vierjahresplanperiode finden sich in: SfS-Archiv, I.G. Farben-Prozess, ADB 24 und 25. Vgl. ergänzend Petzina: *Autarkiepolitik*, S. 57ff.

Rohstoff- und Devisenmangels unbeirrt fortzusetzen, erstmalig zur Deckung. Ausgehend von der deutschen Handelsbilanz erarbeitete Krauchs Arbeitsstab eine Übersicht darüber, wo Importrohstoffe durch vorhandene oder neu zu entwickelnde Verfahren ersetzt werden konnten, und konzentrierte sich dabei auf die Sektoren Treib- und Schmierstoffe, Gummi, Leichtmetall, Kunststoffe und Fasern. Seine im August 1936 abgeschlossene Expertise wirkte so überzeugend, dass er auf Dauer in die sich erweiternde Planungsbürokratie der Kriegsvorbereitung übernommen wurde.

Zu dieser Zeit befand sich die I.G. Farben längst wieder im Aufwind. Boschs „junge Leute“ bestimmten nun zunehmend die Konzernpolitik, während Bosch 1935 nach dem Tod Duisbergs den Aufsichtsratsvorsitz übernahm und die Leitung des Vorstands und des Zentral-Ausschusses an Schmitz abtrat. Unter den Vorzeichen der risikolosen Staatskonjunktur setzte eine rasche Erholung ein.⁴³ In allen Sparten nahmen die Umsätze zu, ihre Gesamtsumme stieg von 883.4 Millionen RM im Jahr 1932 auf 1,3 Milliarden RM im Jahr 1936. In derselben Zeitspanne wuchs die Umsatzrendite von 8,7 auf 19,5 Prozent, während sich die Gewinne von 46,6 Millionen RM auf 132,3 Millionen RM erhöhten. Auch die Belegschaft wuchs wieder von 64.000 auf 102.000 Arbeiter und Angestellte. Die Krise war überstanden, und nach der Erholungsphase begann 1936 ein neuer Aufschwung.

Der Weg in den Krieg (1936–1939)

Im August 1936 ließ sich Hitler die Planungspapiere und Protokolle des Rohstoff- und Devisenstabs vorlegen und erarbeitete auf ihrer Grundlage eine zusammenfassende Denkschrift, die in der Forderung gipfelte, Wehrmacht und Wirtschaft innerhalb von vier Jahren durch die Synchronisierung der militärischen und wirtschaftlichen Aufrüstung sowie den beschleunigten Ausbau der Ersatzstoff- und Buna-Erzeugung „kriegsfähig“ zu machen. Am 4. September teilte Göring auf einer Ministerratssitzung mit, dass Hitler ihn zum „Beauftragten für den Vierjahresplan“ ernannt und mit weitreichenden Befugnissen gegenüber allen Reichsbe-

43 Vgl. zu den folgenden betriebswirtschaftlichen Daten Plumpe: I.G. Farbenindustrie AG, S. 591ff., 613ff.

hörden ausgestattet hatte.⁴⁴ Dies war der Start zum Aufbau einer Koordinationszentrale der Aufrüstung, die sich an ihren akuten Engpässen orientierte und entsprechende Geschäftsgruppen und Ämter für die Devisenbeschaffung, die Sicherung der Ernährung, die Arbeitskräfteplanung und die Zurückstauung der beginnenden Inflation durch eine Preiskontrollbehörde vorsah. Darüber hinaus wurden in einer fünften Säule, dem „Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe“, alle Sonderinstanzen und Stäbe zusammengefasst, die sich seit der ersten Zahlungsbilanzkrise um die Rohstoffsubstitution bemüht hatten. Der ganz auf die Beseitigung der Rüstungsengpässe zugeschnittene Charakter der Vierjahresplanbehörde trug der Tatsache Rechnung, dass die volkswirtschaftlichen Ressourcen inzwischen überstrapaziert waren. Es handelte sich also um eine Art rüstungsökonomischer „Krisenholding“, unter der die arbeitsteilig organisierte Mobilmachungsplanung der Wehrmachtstellen und des „Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft“ voll weiterliefen. Wenn Exponenten der I.G. Farben diese Konstruktion später immer wieder kritisierten und auf den Vorbildcharakter ihres eigenen Konzepts einer zentralen Gesamtsteuerung hinwiesen, so übersahen sie, dass dafür die ökonomischen Voraussetzungen fehlten. Erst als NS-Deutschland Kontinentaleuropa beherrschte und sein ökonomisches Potential kriegswirtschaftlich ausbeutete, konnte wie in den angelsächsischen Ländern an den Aufbau eines zentralen Rüstungsministeriums herangegangen werden.

Im Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe übernahm die Arbeitsgruppe Krauchs die Abteilung „Forschung und Entwicklung“. Krauch und seinen leitenden Mitarbeitern Gerhard Ritter und Johannes Eckell oblag somit die Planung des industriellen Ausbaus im Grund- und Werkstoffbereich. Diese Aufgabe kreuzte sich in vielen Sektoren mit den Innovationslinien der I.G. Farben und ihr Knowhow ging direkt an die mit hoheitlichen Funktionen ausgestattete Managergruppe innerhalb der Vierjahresplanbehörde über. Umgekehrt präsentierte sich ein durch eigene Manager konzipierter Gesamtrahmen. Für die Sparten und Betriebsgemeinschaften der I.G. Farben bedeutete dies, dass sie jetzt ihre Innovations- und Investitionsvorhaben auf längere Sicht mit den Anforderungen des öffentlichen Nachfragemonopolisten abstimmen konnte. Es kam zu einer wechselseitigen Ko-

44 Ministerratssitzung bei Göring am 4. September 1936, abgedruckt als Dokument Nr. 138 in: Friedrich Hartmannsgruber (Bearb.): *Die Regierung Hitler, Bd. III: 1936* (Akten der Reichs-

ordination der eigenen Technologie- und Kapazitätskalkulationen mit den Entwicklungs-, Qualitäts- und Mengenvorgaben der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung in den Sektoren Sprengstoffe, Kunstfasern, Leichtmetalle, Treibstoffe und Mineralöle, Kunststoffe, Synthesekautschuk und Chemiewaffen.

In der ersten Phase ihrer Tätigkeit bemühte sich die Forschungs- und Entwicklungsabteilung des Amts für deutsche Roh- und Werkstoffe auch verstärkt um die Einbeziehung zusätzlicher außerindustrieller Forschungspotentiale wie beispielsweise der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft,⁴⁵ um die Palette der Substitutionstechnologien zu verbreitern und ihre Qualität zu verbessern. Als die Vierjahresplanbehörde dann 1937/38 unter dem Druck der Zahlungsbilanzkrise und des verschärften außenpolitischen Aggressionskurses reorganisiert wurde, nutzte die Arbeitsgruppe Krauchs die Gunst der Stunde und verband ihre technologischen Steuerungsfunktionen mit den dazu gehörigen Kapazitätsplanungen. Die Abteilung „Forschung und Entwicklung“ ging im Sommer 1938 in die neu geschaffene und dem Wirtschaftsministerium unterstellte „Reichsstelle für Wirtschaftsausbau“ über, während Krauch die Steuerung der kriegswirtschaftlich besonders wichtigen Produktbereiche übernahm und Göring als „Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung“ direkt unterstellt wurde. Auf diese Weise wurde im Juni/Juli 1938 im chemieindustriellen Bereich der Kriegsvorbereitung die Verschmelzung der privatwirtschaftlichen Akkumulationsstrategie des Angebotsmonopolisten mit den Steuerungsfunktionen einer „total“ ausgreifenden Kriegswirtschaft verwirklicht: I.G. Farben-Manager verhandelten mit staatlichen Hoheitsträgern, die ihr Konzern für diese Aufgaben beurlaubt hatte, aber weiter bezahlte.

Diese Symbiose war einmalig. Gegenüber Neidern und missliebigen Konkurrenten wurde sie durch den hohen Anteil an NSDAP-Mitgliedern unter den leitenden Managern abgesichert. Außer Hermann Schmitz und dem schweizerischen Staatsangehörigen Paul Häfliger (1886–1950)⁴⁶ waren seit 1937/38 alle Mitglieder des

kanzlei, Regierung Hitler 1933–1945). München: Oldenbourg 2002, S. 500–594.

45 Vgl. dazu die neuen Forschungen von Rüdiger Hachtmann: *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*. *Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*. Bd. 1. Göttingen: Wallstein 2007, S. 635ff.; Helmut Maier: *Forschung als Waffe. Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung 1900–1945/48*. Göttingen: Wallstein 2007, Bd. 1, S. 422ff.

46 Zu Paul Häfliger siehe den biografischen Eintrag unter http://www.wollheim-memorial.de/de/paul_friedrich_haefliger_18861950.

Vorstands, des Zentral-Ausschusses sowie alle leitenden Mitarbeiter der Berliner Zentral- und Vierjahresplanstellen NSDAP-Mitglieder. Im Gegenzug wurde der Verwaltungsrat nach der Entfernung seiner jüdischen Mitglieder aufgelöst, der Aufsichtsrat verkleinert und unter dem Vorsitz Boschs aufgewertet.

Entsprechend zügig ging es seit dem Herbst 1936 in allen jenen Entwicklungs- und Fertigungssektoren aufwärts, deren Investitionen und Produkte der staatliche Nachfragemonopolist als stiller Teilhaber finanzierte.⁴⁷ Die Sprengstoffgruppe übernahm mit ihren Betreibergesellschaften GmbH zur Verwertung chemischer Erzeugnisse und Deutsche Sprengchemie GmbH die technische Leitung der ersten reichseigenen Sprengstoff- und Pulverfabriken auf der Basis von Pachtverträgen mit der Wehrmacht-Holding Verwertungsgesellschaft für Montanindustrie mbH (Montan). Das führte einerseits zu einem Rückgang der eigenen Munitionserzeugung, während sich die Umsatzpositionen für militärische Sprengstoffe ab 1937/38 mehr als verdoppelten. Im Bereich der Kunstfasern der ersten Generation (Vistra, Acetatseide und Zellwolle) konzentrierte sich die I.G. auf den Auf- und Ausbau der rüstungswirtschaftlich besonders wichtigen Zellwollanlagen in Dormagen, Wolfen, Rottweil, Pregnitz und Lichtenberg, wobei sich Wolfen als führender Standort etablierte. Auch die Kapazitäten zur Aluminium- und Magnesiumerzeugung wurden seit Ende 1936 massiv ausgebaut. In Teutschenthal und Staßfurt entstanden neue Anlagen zur Gewinnung von Magnesiumchlorid aus Dolomit und den Endlaugen der Kaligewinnung. Nach der Fertigstellung der Produktionsstätte für Elektronmetall in Aken begann 1936 in Staßfurt der Bau einer weiteren Magnesiumfabrik, und bei der Magnesiumanlage der I.G. Bitterfeld gingen nach dem Ausbau der Energiebasis neue Elektrolyseaggregate in Betrieb. Parallel dazu steigerte sich die Aluminiumerzeugung zum Boom. Unter den ständig eskalierenden Kapazitätsvorgaben der Industrieabteilung des Amts für deutsche Roh- und Werkstoffe erklärten sich der Leiter der Betriebsgemeinschaft Mitteldeutschland Gustav Pistor und dessen Nachfolger Ernst Bürgin (1885–1966) bereit, die gemeinsam mit der Metallgesellschaft betriebene Aluminium-

47 Vgl. Zum folgenden SfS-Archiv, I.G. Farben-Prozess, ADB 30, 31, 32, 34; Raymond G. Stokes: Von der I.G. Farbenindustrie AG bis zur Neugründung der BASF (1925–1952). In: Werner Abelshäuser (Hg.): *Die BASF. Eine Unternehmensgeschichte*. München: Beck 2002, S. 221–358, hier S. 279ff.; Plumpe: I.G. Farbenindustrie AG, S. 281ff., 312ff., 409ff., 656ff.

fabrik auf ihre maximal mögliche Kapazität von 37.000 Jahrestonnen hochzufahren.

Auf dem Gebiet der großtechnischen Fabrikation von Kunstkautschuk (Buna) beschritt die I.G. Farben dagegen Neuland.⁴⁸ Sie hatte sich auf das Vierstufenverfahren festgelegt, weil ein aus der Hochdruckchemie (Methanolsynthese) abgeleiteter Syntheseweg noch nicht ausgereift war. In beiden Fällen ließ sich der Ausgangsstoff Acetylen entweder aus dem Carbidprozess oder im Lichtbogen aus Hydrierabgasen gewinnen. Auch die für den Reifenbau optimale Mischung der Monomere Butadien und Styrol war gefunden und es stand ein kontinuierlich arbeitender Polymerisationsprozess zur Verfügung, dessen Produkt durch abschließende Wärme- und Sauerstoffbehandlung sehr nahe an die Verarbeitungsqualitäten des Naturkautschuks herankam. Im März 1937 lief die Produktion in der Versuchsanlage Schkopau auf Carbidbasis reibungslos an.⁴⁹ Fritz ter Meer, der konzerninterne Koordinator des Buna-Projekts, konnte nun mit seinem Vorstandskollegen und behördlichen Planungspartner Krauch die Modalitäten des Buna-Programms festlegen. Aufgrund dieser Konstellation setzte sich die I.G. in allen Punkten problemlos durch. Im September 1937 wurde der erste „Buna-Vertrag“ unterzeichnet. Gegen eine Abnahme- und Preisgarantie sowie die Hergabe eines Investitionsdarlehens in Höhe von 90 Millionen RM erklärte sich die I.G. Farben bereit, die Anlage in Schkopau bis zu einer Jahreskapazität von 30.000 Tonnen auszubauen.⁵⁰ Ein analoger Vertrag war auch für den Bau eines zweiten Werks in Hüls vorgesehen, bei dem die Acetylgewinnung auf Grundlage der Lichtbogentechnik zum Zug kommen sollte, welche den Vorteil besaß, dass die Zwischen- und Nebenprodukte eine technologische Diversifizierung der chemischen Produkte des Werks über die Buna-Produktion hinaus ermöglichten.⁵¹ Doch aufgrund des erfolgreichen Anlaufs von Schkopau verzichtete ter Meer dann darauf, denn die gewinnträchtigen Kalkulationen hätten die behördlichen I.G.-Vertreter diskreditieren können.⁵² Der im März 1939 unterzeich-

48 SfS-Archiv, I.G. Farben-Prozess, ADB 28, 29; Gottfried Plumpe: Industrie, technischer Fortschritt und Staat. Die Kautschuksynthese in Deutschland 1906–1944/45. In: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 564–597, hier, S. 588ff; Ders.: I.G. Farbenindustrie AG, S. 356ff.

49 Plumpe: Industrie, technischer Fortschritt und Staat, S. 587.

50 Plumpe: Industrie, technischer Fortschritt und Staat, S. 589.

51 Vgl. die detaillierte Rekonstruktion des Entscheidungsprozesses bei Lorentz / Erker: Chemie und Politik, S. 35–54, und zum Lichtbogenverfahren v.a. S. 42–45.

52 Lorentz und Erker: Chemie und Politik, S. 42.

nete Vertrag für das Buna-Werk Hüls war deshalb nur noch ein reines Darlehensabkommen und später wurden auch die Vereinbarungen über Schkopau in einen Darlehensvertrag zurückverwandelt. Die Buna-Produktion war auch unter normalen Marktbedingungen profitabel geworden und jetzt wollte der militärische und zivile Angebotsmonopolist zunächst einmal „duale“ Extraprofite einstreichen. Währenddessen wurden die Kapazitätswerte des Amts für deutsche Roh- und Werkstoffe sowie später der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau im September 1940 – also erst ein Jahr nach Kriegsbeginn – auf 120.000 Jahrestonnen hochgeschraubt.⁵³ Der Bau der Anlage „Buna II“ mit einer Jahreskapazität von 15.000 Tonnen wurde Ende April 1938 beschlossen. Die I.G. Farben bezog den Lieferanten der Hydrierabgabe, die Bergwerksgesellschaft Hibernia AG, die zusammen mit ihr das Benzinsynthesewerk Scholven AG betrieb, in das rein privatwirtschaftlich angelegte Projekt ein. Nach der Zusage eines Reichsdarlehens in Höhe von 50 Millionen RM gründete sie mit ihr die Chemische Werke Hüls GmbH mit Sitz in Marl im nördlichen Ruhrgebiet und übernahm 74 Prozent des auf 30 Millionen RM festgesetzten Stammkapitals. Die Bauarbeiten begannen schon im Mai, und bis zum Mai des darauf folgenden Jahres wurde die Kapazität auf 40.000 Jahrestonnen gesteigert.⁵⁴

Seit dem Frühjahr 1938 forderten die Rüstungsbehörden die Projektierung einer dritten Anlage, für die mehrere Standorte im Gespräch waren. Doch die I.G. verhandelte trotz grundsätzlicher Zusage zunächst nur dilatorisch. Das Syntheseprodukt Buna S war inzwischen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig und das Deutsche Reich hatte damit die Stellung des Nachfragemonopolisten verloren. Zudem konnten ter Meer und Otto Ambros⁵⁵, der inzwischen in den Vorstand der I.G. Farben kooptierte technische Projektleiter der Buna-Neuanlagen, davon ausgehen, dass ihr Verhandlungspartner und Vorstandskollege Krauch die zwangsweise Gründung einer Betreibergesellschaft nicht zulassen würde. Im Sommer 1939 war mit Schkopau nur eine einzige Großanlage in Betrieb. Die verfügbare

53 Vgl. Peter John Turnbull Morris: *The Development of Acetylene Chemistry and Synthetic Rubber by I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft: 1926–1945*. Dissertation, University of Oxford 1982, S. 326f., 425.

54 Lorentz und Erker: *Chemie und Politik*, S. 41.

55 Zu Otto Ambros siehe den biografischen Eintrag unter http://www.wollheim-memorial.de/de/otto_ambros_19011990.

Jahreskapazität an Buna erreichte 1939 mit etwa 25.000 Tonnen etwas mehr als ein Drittel des von der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau gesteckten Planziels.⁵⁶ Im Treibstoff- und Mineralölgeschäft konnte die I.G. Farben hingegen ihre seit 1934 eingeleitete technologische Supervisionsstrategie weitgehend unangefochten fortsetzen. Zwar übernahm eine inzwischen parallel zur Brabag entstandene Betreibergruppe der Ruhrindustrie das von den I.G.-Stellen bekämpfte Fischer-Tropsch-Verfahren, aber sein Wirkungsgrad war niedrig und die aus ihm gewonnenen Benzine erwiesen sich wenig kloppfest, so dass es nur wegen einiger wichtiger Nebenprodukte Bedeutung erlangte.⁵⁷ Die hoheitlich tätigen I.G.- Manager konnten deshalb ihren Kollegen in Leuna und Ludwigshafen Entwarnung signalisieren. Im Oktober 1936 erreichte in Gelsenkirchen das erste von der Steinkohle ausgehende Hydrierwerk der Scholven AG die geplante Vollproduktion von 125.000 Jahrestonnen. Dieser Erfolg sicherte die Vormachtstellung der I.G. Farben auf diesem Terrain endgültig. Die Montanindustrie griff zu und nahm unter der Regie Krauchs die Lizenzen und Baukapazitäten der Oberrhein-Gruppe für die Errichtung von Hydrierwerken der Vereinigten Stahlwerke (Gelsenberg AG), der Rheinischen Braunkohle AG in Wesseling, der Sudetenländischen Bergbau A.G. (im Besitz der Reichswerke A.G. für Erzbau und Eisenhütten „Hermann Göring“) in Brüx, der Schlesien-Benzin AG in Blechhammer und der Ruhröl/Stinnes AG in Weilheim in Anspruch. Die drei Hydrierwerke der Brabag in Böhlen, Magdeburg und Zeitz waren teilweise schon seit 1935 in Betrieb. Hinzu kam eine Lizenz-Anlage der Wintershall AG in Lützkendorf sowie eine von der Standard Oil und der Royal Dutch Shell mit der I.G. Farben gemeinsam betriebene Anlage in Pölitz bei Stettin, die die Schwerölrückstände von Erdölraffinerien umsetzte und kurz vor Kriegsbeginn in Betrieb ging. Im August 1939 waren in Deutschland insgesamt zwölf Benzin- und Mineralölhydrierwerke in Betrieb und ihre Kapazität belief sich auf 3,85 Millionen Jahrestonnen. Sie deckten die Hauptmasse des Treibstoff- und Schmierölbedarfs aller Truppenteile der Wehrmacht für den Kriegsfall.

Mit diesen enormen Erfolgen in entscheidenden rüstungswirtschaftlichen Schlüsselbereichen der Kriegsvorbereitung gaben sich die Führungskräfte und techni-

56 Plumpe: *Industrie, technischer Fortschritt und Staat*, S. 950f.; Ders.: *I.G. Farbenindustrie AG*, S. 378.

57 Boy Cornils: *Die Fischer-Tropsch-Synthese von 1936 bis 1945. Treibstoffsynthese oder Basisreaktion für Chemierohstoffe?* In: *Technikgeschichte* 64 (1997), Nr. 3, S. 205–230.

schen Kader der I.G. Farben jedoch keineswegs zufrieden. Trotz ihrer Überbeanspruchung durch den eigenen Kapazitätsausbau sowie den Aufbau und die laufende technische Betreuung der Lizenzbetriebe wandten sie sich einem weiteren Terrain zu, das sie bis etwa 1934/35 dem Zusammenspiel des Heereswaffenamts mit den kleineren und mittleren Chemieunternehmen überlassen hatten – der Entwicklung und Herstellung von Chemiewaffen. Angesichts ihrer grundsätzlichen Orientierung auf eine „totale“ Kriegsführung konnte dieser Kurswechsel kaum überraschen. Hinzu kam, dass die I.G. in vielen Umsetzungskreisläufen über schwer weiterverwertbare Zwischenprodukte verfügte, die als direkte Vorstufen der Giftgasproduktion eingesetzt werden konnten.⁵⁸ Aber auch der Ehrgeiz der jungen Nachwuchskemiker in den Forschungslaboratorien, sich auch und gerade in diesem Segment der Vernichtungstechnologie zu profilieren, sollte nicht unterschätzt werden.⁵⁹

Seit 1935 belieferte die I.G. Ludwigshafen das Chemiewaffendepot der Wehrmacht in Ammendorf (bei Halle an der Saale) mit Oxol aus einer seit längerem bestehenden Anlage ihrer Acetylenchemie und seit der Jahreswende 1935/36 produzierte sie beträchtliche Mengen von Chloracetophonen. Kurze Zeit später beteiligte sie sich am Aufbau einer Anlage für Stickstofflost in der neu gebauten Chemiewaffenfabrik Ammendorf der Orgacid GmbH, die die Th. Goldschmidt AG und die Auergesellschaft im Einvernehmen mit dem Heereswaffenamt gegründet hatten. Ausgehend von diesem Faustpfand unterlief I.G. Farben-Direktor Otto Ambros dann den separaten Funktionskreislauf und integrierte die Chemiewaffenentwicklung seit 1937 in das Gesamtprogramm der „neuen Chemie“, und gleichzeitig wurde die von der I.G. dominierte Reichsstelle für Wirtschaftsausbau als neue Koordinationsinstanz tätig. Lost, die Hauptwaffe des offensiven Gaskriegs, sollte nach einem neuen Verfahren aus Ethylen und Schwefeldichlorid hergestellt werden (D-Lost), denn es verbrauchte weniger Chlor, das ebenso wie die Vorstufe Oxol dringend für die Sprengstoffchemie benötigt wurde, und zusätzlich konnte die I.G. Farben Rüstungsgelder in die Entwicklung der als beson-

58 Vgl. Angelika Ebbinghaus: Chemische Kampfstoffe in der deutschen Rüstungs- und Kriegswirtschaft. In: Dietrich Eichholtz (Hg.): *Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939–1945*. Berlin: Metropol 1999, S. 171–194, hier S. 182–184.

59 Vgl. exemplarisch zur Entwicklung der neuen Nervenkampfstoffe bei Bayer Florian Schmalz: *Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus*. Göttingen: Wallstein 2005, S. 413ff.

ders aussichtsreich geltenden Ethylenchemie leiten. Das war der materielle Hintergrund jener martialischen Propagandakampagne vom Sommer 1938, bei der die I.G.-Experten der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau „die chemische Waffe“ als „die Waffe der überlegenen Intelligenz und des überlegenen technisch-naturwissenschaftlichen Denkens“ der Deutschen bezeichneten, die deshalb dazu berufen sei, „in deutscher Hand kriegsentscheidend an der Front als auch gegen das feindliche Hinterland eingesetzt zu werden.“⁶⁰ Bis zum Herbst 1938 war dann die Planung auf die I.G.-Verfahren für das aus Hydriergasen zu gewinnende D-Lost und das gänzlich chlorfreie Stickstoff-Lost umgestellt. Im Frühjahr 1939 beschloss der I.G.-Vorstand, in dem in Aufbau befindlichen Buna-Werk Hüls eine D-Lost-Anlage mit einer Monatskapazität von 1.300 Tonnen einzurichten, ein vom Heereswaffenamt projektiertes neues Chemiewaffenwerk in Gendorf-Trostberg unter seine Kontrolle zu bringen und sich am Ausbau des Orgacid-Werks in Ammendorf zu beteiligen.

Indessen beschränkte sich die I.G.-Führung keineswegs darauf, die bisherigen Entwicklungslinien der C-Waffen zu modernisieren und mit den übrigen kriegswirtschaftlichen Sektoren zu verzahnen.⁶¹ Im Dezember 1936 synthetisierte der Leverkusener Chemiker Gerhard Schrader bei der Untersuchung von organischen Fluor-Phosphor-Verbindungen auf ihre Wirksamkeit als Mittel zur Schädlingsbekämpfung eine Substanz, die sich im unbeabsichtigten Selbstversuch als außerordentlich toxisch erwies. Tests an Warmblütern bestätigten diesen Befund, und das Patent wurde im Frühjahr 1937 dem Heereswaffenamt über die Vermittlungsstelle gemeldet. Die zuständige Militärdienststelle erkannte sofort die Bedeutung der später „Tabun“ genannten Substanz. Sie errichtete umgehend eine Versuchs- und eine Pilotanlage, und auch I.G.-intern wurde für Schrader in Elberfeld ein Speziallabor zur Systematisierung der Erforschung des neuen C-Waffentyps eingerichtet. Bis Herbst 1938 waren die Probleme der waffentechnischen Anwendbarkeit gelöst. Darauf folgte im Dezember die Darstellung einer noch weitaus giftigeren Substanz, die „zu Ehren“ der Matadore dieser neuen Linie der Vernichtungstechnologie, Schrader, Ambros und Gerhard Ritter, als „Sarin“ be-

60 Reichsstelle für Wirtschaftsaubaus: Zusammenstellung zur Frage der chemischen Kampfstoffe, o.D. (ca. Juni–Juli 1938), Teil 1: Bemerkungen über den grundsätzlichen Wert der chemischen Waffe. SfS-Archiv, Nürnberger Dokumente, Dok. NI-891.

61 Vgl. zum folgenden Schmaltz: Kampfstoff-Forschung, S. 433ff.

zeichnet wurde. Einige Monate vor Kriegsbeginn bemühten sich Krauch und Ambros um den Aufbau der industriellen Produktion von Tabun, aber die grundsätzliche Entscheidung dazu fiel erst einige Tage nach Kriegsbeginn.

Parallel zu ihren kriegswirtschaftlichen Bemühungen entwickelte die I.G. Farben auch erhebliche Aktivitäten, um ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen zur Unterstützung der Aufrüstung einzusetzen. Als Koordinationszentrum profilierte sich dabei der Kaufmännische Ausschuss, den Georg von Schnitzler reorganisierte. Er wurde dabei von Max Ilgner⁶², inzwischen ebenfalls Vorstandsmitglied und Leiter der Zentral-Finanzverwaltung, tatkräftig unterstützt. Dem Kaufmännischen Ausschuss waren zahlreiche Regional- und Länderausschüsse angegliedert, deren wichtigsten, den Südosteuropa-Ausschuss, Ilgner selbst leitete, wobei er eng mit dem Mitteleuropäischen Wirtschaftstag zusammenarbeitete. Von diesen Strukturen ging ein weltweit geknüpftes Netzwerk von „I.G.-Vertrauensmännern“ aus, die in den ausländischen Verkaufsniederlassungen und Beteiligungsgesellschaften verankert waren. Sie fungierten als Informanten in handelspolitischen Sachfragen und pflegten Kontakte zu den jeweiligen regionalen Wirtschaftsführern und Behörden. Zusätzlich stand eine Gruppe von Experten zur Verfügung, die die Berliner „Zentrale NW 7“ als Reisekader für Sonderstudien und bilaterale Kompensationsgeschäfte einsetzte.

Ungeachtet dieser weltweiten Vernetzung konzentrierten sich die Aktivitäten der Zentrale NW 7 seit 1936 zunehmend auf Südosteuropa, weil sie sich durch den Aufbau eines Systems bilateraler Wirtschaftsbeziehungen mit den Donau- und Balkanländern am ehesten eine Linderung der Zahlungsbilanz-, Ernährungs- und Rohstoffkrise erhoffte. In mehreren Balkanländern starteten die I.G.-Vertrauensmänner zusammen mit Expertengruppen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstags aufwendige Untersuchungen zur Erfassung und Erschließung jener strategischen Rüstungsrohstoffe und Vorprodukte, die nicht durch chemische Synthesen ersetzt werden konnten, nämlich Chromerze, Molybdän, Mangan, Bauxit und Nickel. Parallel zu diesen Rohstoffprojekten bemühten sie sich darum, den Wirtschaftsbehörden der Südostländer bei der Ausfuhr ihrer landwirtschaftlichen Überschussproduktion zu helfen, die nach wie vor durch den Verfall der

62 Zu Max Ilgner siehe den biografischen Eintrag unter http://www.wollheim-memorial.de/de/max_ilgner_18991966.

Weltmarktpreise blockiert war. Dabei übernahmen sie teilweise die Organisation von Agrarexporten in Drittländer, die sie dann gegen entsprechend überbewertete Gegenexporte von Chemikalien und Stickstoffdünger verrechneten. Darüber hinaus nahmen die Agrarexperten der I.G. Farben direkten Einfluss auf die landwirtschaftliche Produktionsstruktur des Südostens, um sie an die Engpässe der seit dem Herbst 1933 in Gestalt des „Reichs-Nährstands“ kartellierten deutschen Landwirtschaft anzupassen. Dazu gehörten vor allem Industriepflanzen wie Hanf oder Leinen sowie pflanzliche Fette und Öle, deren großflächigen Anbau die I.G. Farben anzukurbeln suchte. Aus diesem Spektrum ist vor allem ihr sogenanntes Sojabohnen-Projekt bekannt geworden.⁶³

Diese akuten wirtschaftspolitischen Zwängen geschuldeten Praktiken wurden zunehmend auch wirtschaftstheoretisch unterbaut. Anton Reithinger, der Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung der I.G. erarbeitete bevölkerungsökonomische Vorschläge zur Beseitigung der ländlichen Überbevölkerung in Südosteuropa, weil sie die angestrebte Intensivierung und Einordnung des Agrarsektors in die arbeitsteilige „Agrarkartellierung“ des „europäischen Großraums“ blockierte.⁶⁴ Iglers Arbeitsgruppe ging einen Schritt weiter und integrierte dieses sektorale Modell der abhängigen Entwicklung in eine übergreifende wirtschaftspolitische Doktrin, die man als eine frühe Variante der Dependenztheorie „von oben“ bezeichnen könnte. Er argumentierte, die außenwirtschaftlichen Blockaden könnten mittelfristig nur dann überwunden werden, wenn in den Balkanländern und anderswo eine durch die deutsche Führungsmacht gesteuerte industrielle Teilentwicklung in Gang gebracht werde, die die extrahierten Rohstoffe und die Agrarprodukte in ihrer ersten Stufe selbst verarbeite, dadurch eine Hebung des allgemeinen Lebensstandards in Gang bringe und aufgrund der steigenden Kaufkraft ein wachsendes Volumen der hoch entwickelten Industrieexporte aufnehmen könne. Durch diese Vorschläge wurde ein Zusammenhang zwischen dem durch die Hochrüstung ausgelösten außenwirtschaftlichen Aktivismus und einer weiter

63 Joachim Drews: *Die „Nazi-Bohne“. Anbau, Verwendung und Auswirkung der Sojabohne im Deutschen Reich und Südosteuropa (1933–1945)*. Münster: LIT 2004.

64 Götz Aly / Susanne Heim: *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*. Hamburg: Hoffmann und Campe 1991, S. 69ff.

greifenden Perspektive wirtschaftsimperialistischer Herrschaftssicherung hergestellt.⁶⁵

Indessen hatte es mit diesen wirtschaftspolitischen Annäherungen an ein sich allmählich herausbildendes „Großraum“-Konzept keineswegs sein Bewenden. Sie waren vielmehr mit politischen Festlegungen verknüpft, die sich ohne Wenn und Aber mit der NS-Außenpolitik und ihren damit verbundenen „volkstumpolitischen“ Konzepten identifizierten. Die meisten I.G.-Vertrauensmänner arbeiteten eng mit der NSDAP-Auslandsorganisation zusammen. Sie beteiligten sich aktiv an der Nazifizierung der deutschen Minderheiten und Siedlergemeinden im Ausland und fungierten als propagandistische Außenposten der NS-Diktatur.⁶⁶ Um eine entsprechend lückenlose Zusammenarbeit zu gewährleisten, sollten künftig in die Auslandsvertretungen der I.G. Farben nur solche „Herren herausgesandt werden“, die sich zur „Vertretung des nationalsozialistischen Deutschtums“ verpflichtet hatten.⁶⁷ Parallel dazu gründete die Kaufmännische Abteilung mehrere Scheinfirmen, die sie für die Auslandsabteilung der Wehrmacht-Abwehr zur Verfügung stellte, und richtete in einigen Niederlassungen eigene Nachrichtensammelstellen ein, die die Abwehr-Abteilung und die Volkswirtschaftliche Abteilung der Berliner Zentrale NW 7 regelmäßig mit Insider-Nachrichten und Berichtsmaterial versorgten.

Diese Verschmelzung von außenwirtschaftlicher Doktrin und politischer Subversion eskalierte seit dem Frühjahr 1938 zur aggressiven Expansionspolitik unterhalb der Schwelle des militärischen Konflikts, denn die Wehrmacht war zu einem „Großkrieg“ noch nicht gerüstet.⁶⁸ Die Leitungsgremien der I.G. Farben begrüß-

65 Max Ilgner: *Die Exportförderung im Rahmen des Vierjahresplanes, angefertigt auf Grund von Erfahrungen aus der Exportförderungs-Praxis und von Beobachtungen auf den ausländischen Märkten*. Typoskript o.O. und J., Bibliothek der Stiftung für Sozialgeschichte Bremen.

66 OMGUS: *Ermittlungen gegen die I.G. Farbenindustrie AG*. Nördlingen: Greno 1986, S. 164ff.; Joseph Borkin: *Die unheilige Allianz der I.G. Farben. Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich*. Frankfurt/New York: Campus 1986, S. 164ff., 174ff.

67 Protokoll des Kaufmännischen Ausschusses vom 10.9.1937. Sfs-Archiv, Sammlung OMGUS-Report I.G. Farben, Exhibit Nr. 283. Verständlicherweise verzichtete man dabei darauf, die in den Jahrzehnten zuvor ins Ausland entsandten jüdischen I.G.-Repräsentanten auf Derartiges zu verpflichten.

68 Dies musste selbst Hitler, der im Herbst 1938 den militärischen Konflikt zu beginnen beabsichtigte, einsehen: Unter dem Druck der Wehrmachtführung, die auf den noch unzureichenden Stand der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung hinwies, ließ er sich im September 1938 auf diplomatische Verhandlungen ein, in deren Ergebnis zunächst nur ein Teil der ČSR annektiert wurde. Vgl. Manfred Messerschmidt: Außenpolitik und Kriegsvorbereitung. In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*. Bd. 1. Stuttgart: DVA 1979, S. 533–716, hier S. 638ff.

ten diese Entwicklung und ihre Stoßrichtung, denn die Annexion Österreichs im März 1938, der Einmarsch in die Sudetengebiete im Oktober und die vollständige Besetzung Böhmens und Mährens im März 1939 öffneten das Tor in Richtung Südosteuropa. Ihr stellten sich nun zwei Aufgaben: Erstens der Ausbau ihrer schon seit längerem bestehenden Beteiligungen in den annektierten Gebieten zu größeren Unternehmensgruppen und die Ausschaltung der ausländischen Konkurrenz; und zweitens die Untermauerung ihrer Südosteuropa-Strategie durch eine möglichst weitgehende Kapitalverflechtung mit den nun in „großdeutsche“ Reichweite geratenen Donauländern.

Zunächst stand jedoch die chemiewirtschaftliche „Neuordnung“ in den annektierten Gebieten im Vordergrund.⁶⁹ Im Juni 1938 erwarb die I.G. in Österreich von der Kreditanstalt-Bankverein die ihr seit einer Transaktion vom Januar für eine komplette Übernahme noch fehlenden Kapitalanteile der Stickstoffwerke Skoda Wetzler AG und ihrer Tochtergesellschaften, entließ die zuvor von den Nazis inhaftierten jüdischen Spitzenmanager Isidor Pollak und Franz Rottenberg zusammen mit allen anderen „nicht-arischen“ Arbeitern und Angestellten und setzte Hans Kühne, den Leiter der Betriebsgemeinschaft Niederrhein, als Betriebsführer ein. Vier Monate später übernahm sie von der Dynamit Nobel Bratislava deren österreichische Beteiligungsgesellschaften und überführte sie im Juni 1939 zusammen mit den Skoda-Werken Wetzler in eine neu gegründete Tochtergesellschaft der I.G. Farben, die Donau Chemie AG. Zusätzlich löste sie ihre bisherige österreichische Verkaufsgesellschaft, die Anilin-Chemie in Wien, auf und übertrug den gesamten Verkauf der I.G. und der Donau-Chemie-Gruppe auf eine neu gegründete Donau-Chemikalien Verkaufsgesellschaft mbH. Alle diese Transaktionen waren von einer kompromisslosen Praxis der „Entjudung“ begleitet. Im Gegensatz zu den bislang im Reichsgebiet praktizierten Methoden wurden die von den NSDAP-Kommandos Drangsalierten fristlos und ohne Abfindungen auf die Straße geworfen. Zeitgleich zu den Verhandlungen kam es zu einer Welle antisemitischer Ausschreitungen, die den I.G.-Managern in die Hände spielte. Diese Ausschreitungen eskalierten in der bestialischen Ermordung Isidor Pollaks durch ein SA-Kommando (Pollak hatte sich zusammen mit Rottenberg

69 Vgl. zum folgenden SfS-Archiv, I.G. Farben-Prozess, ADB 51, 52 und 53; OMGUS: Ermittlungen gegen die I.G. Farben, S. 201ff.

den seit 1936 von der I.G. gestarteten Übernahmeversuchen nicht bedingungslos gebeugt).⁷⁰ Das Einzige, was den Sonderstab Iglers und Paul Häfligers interessierte, war die möglichst rasche und reibungslose Inbesitznahme der österreichischen Düngemittel- und Sprengstoffindustrie, deren Kapazitäten sofort in die laufenden Programme der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau integriert wurden. Die I.G. Farben legte ein weitgehend durch Wehrmacht und Luftwaffe finanziertes Investitionsprogramm in Höhe von 192 Millionen RM auf, und noch vor der formellen Gründung der Donau Chemie AG begann sie mit dem Aufbau neuer Produktionskomplexe für Flugzeugbenzin, Schmierstoffe, Magnesium und die rüstungswichtigen anorganischen Chemikalien Schwefelsäure und Chlor.

Dagegen verlief der durch die Annexion der Sudetengebiete ermöglichte Zugriff auf die in Aussig/Ústí nad Labem und Falkenau gelegenen Werke des Vereins für Chemische und Metallurgische Produktion (kurz: Aussiger Verein) weniger glatt, obwohl sich der Kaufmännische Ausschuss schon seit April 1938 darauf vorbereitete.⁷¹ Es gelang ihm zwar, den Schnitzler-Mitarbeiter Hans Kugler⁷² als „Kommissar“ einzusetzen, aber die I.G. Farben musste sich die Erwerbung auf Weisung des Reichswirtschaftsministeriums zunächst mit der im benachbarten Radebeul bei Dresden ansässigen und von der Dresdner Bank AG beherrschten mittelständischen Chemischen Fabrik von Heyden AG teilen. Auch die Kaufverhandlungen mit dem Aussiger Verein gestalteten sich schwierig, aber er musste sich letztlich dem Druck der Deutschen beugen, um eine Beschlagnahme seiner in Falkenau und Aussig gelegenen Farbwerke zu vermeiden. Der Vertrag wurde am 7. Dezember 1938 unterzeichnet. Die I.G. Farben und die Chemischen Werke von Heyden kauften die beiden Fabriken für 24 Millionen RM und gründeten die Chemischen Werke Aussig-Falkenau GmbH mit einem Stammkapital von 10 Millionen RM, an denen sie sich zu jeweils 50 Prozent beteiligten.⁷³ Die neue Gesellschaft übernahm daraufhin die beiden Fabriken zusammen mit drei wertvollen Braunkohlebergwerken in ihrer Nachbarschaft. In einer anschließenden Transak-

70 Franz Rottenberg, Eidesstattliche Erklärung, 13.9.1947, NI-10997. SfS-Archiv, I.G. Farben-Prozess, ADB 52.

71 Schlüsseldokumente zum folgenden Abschnitt: SfS-Archiv, I.G. Farben-Prozess, ADB 51 und 54; OMGUS: Ermittlungen gegen die I.G. Farben, S. 209ff.

72 Zu Hans Kugler siehe den biografischen Eintrag unter http://www.wollheim-memorial.de/de/hans_kugler_19001968.

73 SfS-Archiv, I.G. Farben-Prozess, ADB 54, Dok. NI-1058 und NI-1139.

tion kaufte die I.G. ihrem Miterwerber für sechs Millionen RM die Lagerbestände, Patente und Warenzeichen der Aussiger Werke ab und brachte sie in die von ihr in alleiniger Regie gegründete und betriebene Teerfarbenwerke Aussig GmbH ein, für die sie die Betriebsanlagen von der Chemische Werke Aussig-Falkenau GmbH pachtete. Damit hatte sie ihr Hauptziel erreicht, keine Konkurrenten in den „großdeutschen“ Farbensektor eindringen zu lassen.

So gelang es der I.G. Farben, bis Kriegsbeginn ihre Vormachtstellung in allen wichtigen Bereichen der Chemietechnologie auszubauen, nachdem ihre defizitären Sektoren mit Hilfe behördlicher Preisgarantien saniert und ihre Expansion in die Risikobereiche der „neuen Chemie“ durch ihre Verankerung in der Rüstungswirtschaft abgedeckt waren. Aber auch die normal vermarkteten Produktionssegmente prosperierten und in einigen Feldern wurden bedeutende Innovationen erzielt, wobei vor allem die Entwicklung der antibakteriell wirksamen Sulfonamide durch den Bayer-Chemiker Gerhard Domagk (1895–1964) große Bedeutung erlangte. Der Gesamtumsatz stieg von 1,3 Milliarden RM im Jahr 1936 auf knapp 2,2 Milliarden im Jahr 1939. Ihm stand in derselben Zeitspanne eine Belegschaftsentwicklung von 102.000 auf 136.000 Arbeiter und Angestellte gegenüber. Die Gewinne erhöhten sich von 132,3 Millionen auf 239,2 Millionen RM, während sich die überwiegend reichsgestützten Gesamtinvestitionen fast verdoppelten (von 442,3 Millionen auf 744,7 Millionen RM).⁷⁴

Die I.G. Farbenindustrie war von der Erholungsphase in einen gewaltigen Aufschwung eingetreten, und sie wurde weltweit als Flaggschiff der deutschen Wirtschaftspolitik wahrgenommen, die trotz der immer stärker überspannten volkswirtschaftlichen Grundlagen an ihrem Aufrüstungskurs festhielt und seit der Besetzung Prags offen auf einen großen europäischen Krieg zusteuerte. Dass dies der Führung der I.G. Farben in jeder Hinsicht klar war, bezeugt ein Tätigkeitsbericht, den Carl Krauch dem Generalrat der Vierjahresplanbehörde am 28. April 1939 erstattete. Die „Auseinandersetzung“ mit der „von England geführten Mächtegruppe“ sei nicht mehr zu vermeiden, schrieb er. Nun müsse ein nach Südosten und in Richtung Ukraine ausgreifender „Großwirtschaftsblock“ ge-

74 Plumpe: I.G. Farbenindustrie AG, Tabellenübersichten S. 546ff., 591ff. und 613ff.

schaffen werden, der sich mit seiner „Wehrwirtschaft“ auf einen Koalitionskrieg vorbereite.⁷⁵

75 Arbeitsbericht des Generalbevollmächtigten des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring für Sonderfragen der chemischen Erzeugung Dr. C. Krauch vor dem Generalrat, 28.4.1939. SfS-Archiv, Nürnberger Dokumente, Dok. EC-282.